Aufklärung über Verbraucherrechte

Seit dem 09.01.2016 müssen Rechtsanwälte auf ihrer Homepage einen Link zur europäischen Onlinestreitbeilegungs-Plattform (OS-Plattform) vorsehen und Ihre E-Mail-Adresse angeben, wenn sie Online-Dienstverträge mit Verbrauchern schließen.

Da der Begriff des Dienstvertrages nach der Verordnung weit gefasst ist (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. d Verordnung (EU) Nr. 524/2013), fallen auch Verträge, die online zwischen Rechtsanwälten und Verbrauchern geschlossen werden, unter diese Verpflichtung.

Die Hinweispflicht über die Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten ergibt sich seit dem 9. Januar 2016 direkt aus Art. 14 Abs. 1 und 2 der ODR-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 524/2013). Nähere Informationen zu dieser Thematik sind auf der Homepage der Bundesrechtsanwaltskammer (**www.brak.de**).

Die Verordnung gilt für die außergerichtliche Streitbeilegung von Streitigkeiten über vertragliche Verpflichtungen aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen zwischen Verbrauchern und Unternehmern.

Mit der Möglichkeit einer Online-Streitbeilegung (OS) soll eine einfache, effiziente, schnelle und kostengünstige außergerichtliche Lösung für Streitigkeiten angeboten werden.

Die ADR-Richtlinie (alternative Streitbeilegung) sowie die ODR-Verordnung (Online Streitbeilegung) ist anzuwenden zur Streitbeilegung zwischen Unternehmern und Verbrauchern bei Online-Kaufverträgen und Online-Dienstleistungsverträgen.

Die EU Kommission stellt dafür eine Online-Plattform zur Verfügung, um Verbrauchern gute Möglichkeiten für die Wahrnehmung der alternativen Streitbeilegung zu bieten.

Verbraucher und Unternehmer erhalten künftig die kostengünstige und schnelle Alternative zum gerichtlichen Verfahren – bei Uneinigkeiten **kann** eine Schlichtungsstelle hinzugezogen werden.

Ausländische Verbraucher werden bei Streitigkeiten mit einem Online-Händler aus Deutschland an eine deutsche Schlichtungsstelle verwiesen – so wird der Streitfall in deutscher Sprache in Deutschland geklärt. Der Unternehmer muss sich keinen Rechtsanwalt im Wohnsitzland des Verbrauchers suchen und dort vor Gericht gehen.

Der folgende Link (<http://ec.europa.eu/consumers/odr>) führt zur OS-Plattform. Auf der Webseite werden weitergehende Informationen zum Verfahren etc. dargestellt.

Ergänzender Hinweis

Das Gesetzgebungsverfahren zum Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) ist abgeschlossen und das Gesetz ist am 1. April 2016 in Kraft getreten.

Mit dem Zentrum für Schlichtung e.V. wurde in Kehl eine allgemeine Verbraucherschlichtungsstelle geschaffen. Informationen sind auf www.verbraucher-schlichter.de.

Ort, Datum

Vorname, Nachname

Weitere im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz geregelte Informationspflichten treten am 1. Februar 2017 in Kraft.

Auch darüber wurde ich informiert.

Ich bin darüber informiert worden, dass nach dem neuen Verbraucherstreitbeilegungsgesetz auch Rechtsanwälte ab dem 01.02.2017 verpflichtet sind, bei Verträgen mit Verbrauchern, auf die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor der zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle hinzuweisen (§ 36 VSBG).

Hiermit erkläre ich, dass ich **vor der Beauftragung** von dem beauftragten Rechtsanwalt/der beauftragten Rechtsanwältin **darüber aufgeklärt worden bin, dass ich die Möglichkeit habe, bei der europäischen Onlinestreitbeilegungs-Plattform bei einer streitigen Auseinandersetzung eine Streitbeilegung bei der Verbraucherschlichtungsstelle durchzuführen.**

Den obenstehenden Text habe ich gelesen und den Link habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Vorname, Nachname

Daten Ihrer Rechtsschutzversicherung

Ich habe eine Rechtsschutzversicherung:	☐ ja ☐ nein
Es besteht eine Selbstbeteiligung:	☐ nein ☐ ja in Höhe von _____ €
Name der Rechtsschutzversicherung:	
Rechtsschutzversicherungsnummer:	
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort:	
Telefonnummer:	
Faxnummer:	
E-Mail Adresse:	

Haben Sie den Versicherungsfall bereits gemeldet? Ja Nein**=> Falls ja, unter welchem Schadens bzw. Aktenzeichen wird der Fall bearbeitet?**

(Bitte lassen Sie uns auch eine Kopie der Meldung zukommen.)

Ich bin damit einverstanden, dass für die Durchführung einer Rechtsschutzdeckungsanfrage die gesetzlichen Gebühren nach dem RVG berechnet werden. Ich weiß, dass ich diese Gebühren nicht von meiner Rechtsschutzversicherung erstattet erhalte.

Ich erteile den Auftrag zur Durchführung der Rechtsschutzdeckungsanfrage.

Ort, Datum_____
Unterschrift

Ich möchte die Rechtsschutzdeckungsanfrage selbst durchführen.

Ort, Datum_____
Unterschrift